

Türkei: Gewalt gegen Frauen

Themenpapier der SFH-Länderanalyse

Bern, 22. Juni 2021

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch, Französisch

COPYRIGHT

© 2021 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Rolle der Gesellschaft und der Politik bei der Gewalt gegen Frauen	4
1.1	Gewalt als akzeptiertes Mittel zur «Disziplinierung»	4
1.2	Rolle der Politik und Austritt aus Istanbul-Konvention	4
1.3	Repression gegen Frauenrechtsorganisationen	6
2	Verbreitung von Gewalt gegen Frauen	6
3	Gesetzliche Lage	8
3.1	Häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt und Verbrechen im Name der Ehre	8
3.2	Schutz- und Unterstützungsleistungen	9
4	Staatlicher Schutz: Umsetzung	10
4.1	Gerichte	11
4.2	Polizei	12
4.1	Telefon-Hotline, Web-Applikation KADES	15
4.1	Şönims	15
4.2	Umsetzung der Schutzmassnahmen	15
4.2.1	Umsetzung der «Emergency barring orders» und «Protection orders»	16
4.3	Frauenhäuser	17
4.1	Präventionsprogramme für Täter	20

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Rolle der Gesellschaft und der Politik bei der Gewalt gegen Frauen

1.1 Gewalt als akzeptiertes Mittel zur «Disziplinierung»

Gesellschaftliche Ansichten zur Rolle der Frau schüren Gewalt gegen Frauen. In weiten Teilen der türkischen Gesellschaft herrscht ein traditionelles Frauenbild vor, welches die Frau primär als Teil der Familie sieht und ihr ein individuelles Selbstbestimmungsrecht abspricht.¹ Die *Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence* (GREVIO)² stellt in ihrem Bericht zur Türkei³ fest, dass diese weit verbreiteten restriktiven Ansichten Gewalt gegen Frauen schüren.⁴

Akzeptanz von Gewalt, um «Ehefrauen zu disziplinieren». Untersuchungen zeigen, dass häusliche Gewalt für viele Männer in der Türkei als Teil des Ehelebens und als Mittel zur Erfüllung ihrer «Pflicht, Frauen zu disziplinieren» wahrgenommen wird. Dies führt dazu, dass Gewalt von Verwandten und dem unmittelbaren sozialen Umfeld des Opfers toleriert werden.⁵

«Ehre» als Frage von Kontrolle. Nach Angaben von *Fatmagul Berktaç*⁶ hängt in der Türkei die männliche «Ehre» vom Gehorsam der Frauen und der Kontrolle der Männer über die Sexualität der Frauen ab. So könne sowohl die Tochter als auch die Ehefrau oder sogar die eigene Mutter den Mann durch ihren Ungehorsam «entmannen».⁷

1.2 Rolle der Politik und Austritt aus Istanbul-Konvention

Regierungspolitik legt Fokus auf Schutz der Familie statt der Frauen. Die Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) vertritt einen religiösen Konservatismus und ein traditionelles Familienmodell.⁸ Der Schutz der Familie hat grosses Gewicht, was dazu führt, dass politische Entscheidungsträger das Problem der Gewalt gegen Frauen ignorieren.⁹

¹ Zenith, Istanbul-Konvention ohne Istanbul, 8. März 2021: <https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/frauenrechte-der-tuerkei>; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frauenmord als Mentalitätsfrage, 6. April 2016: www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/gewalt-gegen-frauen-in-der-tuerkei-14162187.html;

² GREVIO ist die unabhängige Expertengruppe, welche für die Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) durch die Vertragsparteien verantwortlich ist.

³ Der GREVIO-Bericht ist das Ergebnis des ersten (Basis-)Evaluationsverfahrens, das zur Türkei durchgeführt wurde. Er deckt die gesamte Istanbul-Konvention ab und bewertet den Grad der Übereinstimmung der türkischen Gesetzgebung und Praxis in allen von der Konvention erfassten Bereichen.

⁴ Council of Europe, Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence (CoE GREVIO), Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 43: <https://rm.coe.int/eng-grevio-report-turquie/16808e5283>.

⁵ Ebenda.

⁶ Fatmagul Berktaç ist emeritierte Professorin für Politikwissenschaften an der Universität Istanbul und Wissenschaftlerin in Gender Studies.

⁷ National Public Radio (NPR), 'We Don't Want To Die': Women In Turkey Decry Rise In Violence And Killings, 15. September 2019: www.npr.org/2019/09/15/760135010/we-dont-want-to-die-women-in-turkey-decry-rise-in-violence-and-killings.

⁸ Middle East Institute (MEI), Femicide in Turkey: What's lacking is political will, 18. Dezember 2019: www.mei.edu/publications/femicide-turkey-whats-lacking-political-will.

⁹ NPR, 'We Don't Want To Die', 15. September 2019; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 24-25.

Das Ziel, die Einheit der Familie um jeden Preis zu bewahren, kann laut GREVIO dazu führen, den Schutz der Frauen vor Gewalt zu verringern.¹⁰

Meinungsführer hinterfragen Legitimität des Schutzes der Frauen vor Gewalt. Prominente türkische Politiker vertreten stereotype Frauenbilder. Staatsmänner und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens äussern sich öffentlich, dass sie die Legitimität einer staatlichen Reaktion auf Gewalt gegen Frauen in Frage stellen oder den Opfern die Schuld geben. Ihr Einfluss als Meinungsführer ist nach Einschätzung von GREVIO besonders beunruhigend.¹¹

«**Gesetze zum Schutz von Frauen schaden den Familien**». Konservative Kreise in der Türkei behaupten, dass die Istanbul-Konvention und Gesetze, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern und Schutzmechanismen für Frauen vorsehen, die Familien auseinanderreißen.¹² Zu diesen einflussreichen Kreisen gehören führende Mitglieder der Regierungspartei AKP und ihres inoffiziellen Koalitionspartners, der rechtsnationalistischen Partei *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP).¹³ Konservative Kreise drängen die Regierung seit Jahren, sowohl aus der Konvention auszutreten als auch das für den Schutz der Frauen wichtige Gesetz Nr. 6284 abzuschaffen.¹⁴

Konservativer Präsident beeinflusst Rechtspraxis und Umsetzung der Politik. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sich wiederholt abwertend und konservativ zur Rolle der Frau geäußert.¹⁵ Erdogan beeinflusst laut Kritiker_innen durch seine konservativen Ansichten und seinen zunehmend autoritären Griff auf Justiz und Strafverfolgung die Rechtspraxis und die politische Umsetzung zu diesen Themen,¹⁶ und fördert das Gefühl einer Straflosigkeit für Gewalt gegen Frauen sowie den Anstieg dieser Gewalt.¹⁷

Austritt aus Istanbul-Konvention. Die Türkei erklärte im März 2021 ihren Austritt aus der Istanbul-Konvention. Dieser wird per 1. Juli 2021 in Kraft treten.¹⁸ Der Rückzug sei erfolgt,

¹⁰ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 24-25.

¹¹ Ebenda, S. 43.

¹² US Department of State (USDOS), 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021: www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/turkey/; Duvar.English, AKP gov't does not rule out possibility of withdrawing from Istanbul Convention, 2. Juli 2020: www.duvar-english.com/politics/2020/07/02/akp-govt-does-not-rule-out-possibility-of-withdrawing-from-istanbul-convention; MEI, Femicide in Turkey, 18. Dezember 2019.

¹³ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; Der Bund, «Wir werden Frauenmorde stoppen», 9. März 2021: www.derbund.ch/wir-werden-frauenmorde-stoppen-875839444267; Duvar.English, AKP gov't does not rule out possibility of withdrawing from Istanbul Convention, 2. Juli 2020.

¹⁴ MEI, Femicide in Turkey, 18. Dezember 2019.

¹⁵ Der Bund, «Wir werden Frauenmorde stoppen», 9. März 2021; MEI, Femicide in Turkey, 18. Dezember 2019; The Guardian, Recep Tayyip Erdoğan: 'women not equal to men', 24. November 2014: www.theguardian.com/world/2014/nov/24/turkeys-president-recep-tayyip-erdogan-women-not-equal-men

¹⁶ MEI, Femicide in Turkey, 18. Dezember 2019.

¹⁷ New York Times, Trial of Woman Who Killed Her Husband Highlights Domestic Abuse in Turkey, 16. März 2021: www.nytimes.com/2021/03/16/world/europe/turkey-melek-ipek-domestic-violence.html.

¹⁸ Council of Europe, Treaty Office, Chart of signatures and ratifications of Treaty 210, Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence, 22. April 2021: www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/210/signatures?p_auth=CP6HTSep.

weil die Konvention missbraucht worden sei, um «Homosexualität zu normalisieren», was mit den gesellschaftlichen Werten der Türkei unvereinbar sei.¹⁹

UN Special Rapporteur und EU-Aussenbeauftragter: Austritt gefährdet Schutz der Frauen vor Gewalt. Gemäss *Dubravka Šimonović*, der *UN Special Rapporteur on Violence against Women*, schwächt der Austritt den «Schutz für das Wohlergehen und die Sicherheit von Frauen» und setze sie Risiken aus.²⁰ Laut *EU-Aussenbeauftragtem Josep Borrell* gefährdet der Austritt Schutz und Grundrechte von Frauen in der Türkei.²¹

1.3 Repression gegen Frauenrechtsorganisationen

Repression gegen Proteste und NGOs. Die Polizei interveniert immer wieder gewalttätig bei Protesten gegen Gewalt an Frauen.²² Mitglieder von unabhängigen Frauenorganisationen riskieren für ihre Arbeit und für ihre offene Kritik an der Regierungspolitik Verhaftung oder Gefängnisstrafen.²³ Die repressiven Massnahmen gegen die Meinungsfreiheit haben einen abschreckenden Effekt auf die Arbeit von Frauenrechts-NGOs.²⁴ Ein im Dezember 2020 verabschiedetes Gesetz verkleinert den Spielraum von unabhängigen NGOs weiter.²⁵

2 Verbreitung von Gewalt gegen Frauen

Wenige verfügbare Daten und hohe Dunkelziffer. Türkische staatliche Institutionen veröffentlichen keine regelmässigen offiziellen Daten über Morde an Frauen.²⁶ Stattdessen sammeln NGOs diese Daten aus Medienberichten. Laut Fachpersonen gibt es eine hohe Dunkelziffer.²⁷

¹⁹ Die Entscheidung, aus der Istanbul-Konvention auszutreten, bedeute laut offizieller Stellungnahme keineswegs, dass die Türkei «den Schutz von Frauen kompromittiere». Presidency of the Republic of Turkey, Directorate of Communications, Statement by the Directorate of Communications on Türkiye's Withdrawal from the Istanbul Convention, 21. März 2021: www.iletisim.gov.tr/english/duyurular/detay/statement-by-the-directorate-of-communications-on-turkiyes-withdrawal-from-the-istanbul-convention.

²⁰ United Nations Office, Turkey, Withdrawal from Istanbul Convention is a pushback against women's rights, say human rights experts, 23. März 2021: www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26936&LangID=E.

²¹ European Commission (EC), Turkey, Statement by High Representative/Vice-President Josep Borrell on Turkey's withdrawal of the Istanbul Convention, 20. März 2021: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/news_corner/news/turkey-statement-high-representativevice-president-josep-borrell-turkey%E2%80%99s_en.

²² USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; NZZ, Türkei tritt aus Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen aus – landesweite Empörung, 21. März 2021: www.nzz.ch/international/tuerkei-verlaesst-istanbul-konvention-gegen-gewalt-an-frauen-ld.1607689; Deutsche Welle (DW), Police break up Istanbul protest of violence against women, 9. Dezember 2019: www.dw.com/en/police-break-up-istanbul-protest-of-violence-against-women/a-51583766.

²³ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 30.

²⁴ Ebenda, S. 43.

²⁵ NZZ, Neues Gesetz alarmiert türkische Zivilgesellschaft, 30. Dezember 2020: www.nzz.ch/international/tuerkei-neues-gesetz-alarmiert-die-zivilgesellschaft-ld.1594276.

²⁶ Human Rights Watch (HRW), World Report 2021 - Turkey, 13. Januar 2021: www.ecoi.net/en/document/2043511.html; Balkan Insight, Women Face Rising Violence in Male-Dominated Turkey, 2. September 2019: <https://balkaninsight.com/2019/09/02/women-face-rising-violence-in-male-dominated-turkey/>.

²⁷ Balkan Insight, Women Face Rising Violence in Male-Dominated Turkey, 2. September 2019.

Häufigkeit von Gewalt gegen Frauen hoch. Femizide²⁸ und Gewalt gegen Frauen, einschliesslich Gewalt in der Ehe sind in der Türkei ein ernstes und weitverbreitetes Problem mit einer hohen Häufigkeit²⁹ - sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten.³⁰ 36 Prozent der Frauen haben physische und 12 Prozent sexuelle Gewalt durch ihren Ehemann oder Partner erfahren.³¹ 14 Prozent der Frauen über 15 Jahren haben körperliche und drei Prozent sexuelle Gewalt von anderen Personen als ihren Intimpartnern erlebt.³² Psychische Gewalt ist die häufigste Form der häuslichen Gewalt gegen Frauen.³³

Betroffene von körperlicher und sexueller Gewalt melden Übergriffe oft nicht. Die meisten Opfer werden mit dem Gewalterlebnis allein gelassen und zeigen die Taten nicht an – insbesondere bei Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt. Dies hängt mit der Wahrnehmung zusammen, dass Vergewaltigung die «Schuld» des Opfers sei und dass sie «die Familie entehre».³⁴

Rund 500 Femizide und verdächtige Todesfälle im 2020. Hohe Zahlen auch im 2021. Laut türkischem Innenministerium sind im Jahr 2020 266 Frauen an den Folgen geschlechtsspezifischer Gewalt gestorben.³⁵ *We will End Femicide Platform*³⁶ zählte im Jahr 2020 mindestens 300 Femizide und 171 verdächtige Todesfälle³⁷. Mindestens ein Drittel der Frauen wurde laut der Plattform getötet, weil sie versuchten, eine Entscheidung über ihr eigenes Leben zu treffen, wie zum Beispiel sich scheiden lassen, nicht heiraten wollen oder eine Beziehung ablehnten.³⁸ Die *unabhängige türkische Presseagentur Bianet* meldete im Jahr 2020 mindestens 284 Femizide und 255 verdächtige Todesfälle. Ein Fünftel der Frauen wurden laut *Bianet* getötet, weil sie sich von ihrem Ehemann oder Partner trennen wollten.³⁹ Die hohe Rate an Femiziden hält auch 2021 an: Bis Ende Mai 2021 zählte *We will End Femicide Platform* bereits 112 Femizide und 79 verdächtige Todesfälle und *Bianet* mindestens 126 Femizide.⁴⁰

²⁸ Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts.

²⁹ HRW, World Report 2021 - Turkey, 13. Januar 2021; USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

³⁰ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

³¹ Hacettepe University Institute of Population Studies (HIPS); Ministry of Family and Social Policies (MFSP), Research on Domestic Violence against Women in Turkey, 2015, S. 85: www.hips.hacettepe.edu.tr/eng/english_main_report.pdf.

³² Ebenda, S. 114-117.

³³ Rund 44 Prozent der jemals verheirateten Frauen haben diese durch ihren Ehemann oder Intimpartner erfahren. Eine spezifische Form psychischer Gewalt ist die Allgegenwärtigkeit von Kontrollverhalten, welche darauf abzielt, die Selbstbestimmung von Frauen einzuschränken. Ebenda, S. 95-99.

³⁴ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 69.

³⁵ Turkish Minister of Interior, Süleyman Soyly, Offizielles Twitter-Konto, 2. Januar 2021: <https://twitter.com/suleymansoyly/status/1345321325825503232>; HRW, World Report 2021 - Turkey, 13. Januar 2021.

³⁶ *We will End Femicide Platform* ist eine türkische NGO, die sich seit 2008 der Überwachung von Gewalt gegen Frauen widmet.

³⁷ Die Zahl der verdächtigen weiblichen Todesfälle, die als Selbstmord oder natürlicher Tod dargestellt werden, und die Zahl der Frauen, die auf verdächtige Weise tot aufgefunden wurden.

³⁸ *We will End Femicide Platform* (WWEFP), 2020 Report, 8. Januar 2021: <http://kadincinayetlerinidurduracagiz.net/veriler/2949/2020-report-of-we-will-end-femicide-platform>.

³⁹ *Bianet*, Male Violence 2020, Men kill at least 284 women in 2020, 21. Januar 2021: <https://bianet.org/5/102/237858-men-kill-at-least-284-women-in-2020>.

⁴⁰ WWEFP, Veriler, 3. Juni 2021: <http://kadincinayetlerinidurduracagiz.net/kategori/veriler>; *Bianet*, *bianet is Monitoring Male Violence*, ohne Datum (Zugriff am 3. Juni 2021): <https://m.bianet.org/bianet/gender/134394-bianet-is-monitoring-male-violence>.

«Ehre» als Rechtfertigung für extreme Formen der Gewalt. «Ehre» wird in der Türkei weiterhin als Rechtfertigung für extreme Formen der Gewalt, einschliesslich Mord, genutzt.⁴¹ Diese kommt in Fällen von tatsächlicher oder vermeintlicher ehelicher Untreue und für andere tatsächliche oder vermeintliche Übertretungen der Rolle der Frau zur Anwendung. Frauen werden häufig beschuldigt, durch ihren «Ungehorsam» Gewalt zu verursachen.⁴² Die Unfähigkeit der Männer zu akzeptieren, dass Frauen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, wenn sie zum Beispiel die Scheidung beantragen, gehört zu den ersten Gründen, die zur Rechtfertigung geschlechtsspezifischer Tötungen von Frauen angeführt werden.⁴³ Im Jahr 2020 wurden zahlreiche Femizide dokumentiert, die diesen Motiven entsprechen.⁴⁴

«Ehrenmorde», erzwungene Selbstmorde. Frauen werden in der Türkei im ganzen Land weiterhin im Namen der «Ehre» ermordet.⁴⁵ Im Südosten ist die Zahl der Morde im Zusammenhang mit «Ehre» laut *US Department of State* (USDOS) am höchsten.⁴⁶ Frauen und Mädchen werden auch zum Selbstmord gezwungen oder gedrängt, damit die Täter einer Strafe entgehen.⁴⁷

3 Gesetzliche Lage

3.1 Häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt und Verbrechen im Name der Ehre

Psychische Gewalt wird nicht als solche kriminalisiert. Obwohl psychische Gewalt im Gesetz Nr. 6284 «zum Schutz der Familie und zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen» anerkannt ist, wird sie im Strafgesetz nicht als solche kriminalisiert. Am häufigsten wird sie in der gerichtlichen Praxis unter Straftatbeständen⁴⁸ behandelt, die darauf ausgelegt sind, einzelne isolierte Handlungen zu sanktionieren, und nicht ein Muster von wiederholtem und anhaltendem Missbrauch erfassen, der durch Handlungen begangen wird, die an sich nicht unbedingt die Schwelle zur Kriminalisierung erreichen.⁴⁹ Delikte wie Bedrohung und Verleumdung, unter denen psychische Gewalt am häufigsten strafrechtlich verfolgt werden, können eine Höchststrafe von bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug nach sich ziehen.⁵⁰

⁴¹ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 43; NPR, 'We Don't Want To Die', 15. September 2019.

⁴² Interviews mit Tätern bestätigen, dass diese ihre Frauen für die Taten verantwortlich machen, indem sie Gründe wie das Beharren der Frauen auf einem Verhalten, das sie missbilligen, oder das Fehlen einer «guten Ehefrau» oder «guten Mutter» anführen. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 43.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ WVEFP, 2020 Report, 8. Januar 2021.

⁴⁵ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; UN Human Rights Council, Compilation on Turkey, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 12. November 2019, S. 9: www.ecoi.net/en/file/local/2031514/_A_HRC_WG6_35_TUR_2_E.pdf; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 84.

⁴⁶ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

⁴⁷ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 85.

⁴⁸ Bedrohung (Artikel 106), Erpressung (Artikel 107), Nötigung (Artikel 108), Verleumdung (Artikel 125) und Misshandlung (Artikel 232). Ebenda, S. 75.

⁴⁹ So seien sie zum Beispiel nicht geeignet, um das anhaltende und schädigende Verhalten der Zwangskontrolle abzuschrecken und zu bestrafen. Ebenda.

⁵⁰ Ebenda.

Strafen bei Gewalt gegen Frauen und sexuelle Übergriffe. Das Gesetz kriminalisiert Gewalt gegen Frauen und sexuelle Übergriffe, einschliesslich Vergewaltigung und Vergewaltigung in der Ehe, mit Strafen von zwei bis zehn Jahren Haft bei Verurteilung wegen versuchter sexueller Gewalt und mindestens zwölf Jahren Haft bei Verurteilung wegen Vergewaltigung oder sexueller Übergriffe.⁵¹ Für vorsätzliche Körperverletzung sind nach Artikel 86 und 87 des Strafgesetzes Strafen von einer Busse bis zu 16 Jahren Haft bei verschärfenden Gründen möglich.⁵² Vergewaltigung in der Ehe wird nur auf Antrag des Opfers strafrechtlich verfolgt.⁵³

Milderungsgrund «Provokation», lebenslange Gefängnisstrafe für «Brauchtumsmord». Artikel 29 des Strafgesetzes über die «ungerechtfertigte Provokation» legt als allgemeinen Strafmilderungsgrund fest, dass die Tat «in einem durch eine ungerechte Handlung verursachten Zustand des Zorns oder der schweren Bedrängnis» begangen wurde. Eine solche «Provokation» mindert das Strafmass um ein bis drei Viertel und führt selbst bei der schwersten Form der Strafe, der lebenslangen Freiheitsstrafe, zu erheblichen Strafminderungen.⁵⁴ Mit einer Reform wurde 2005 die Möglichkeit dieser Strafmilderung bei Morden wegen «Brauchtum» («töre») abgeschafft. Seither gelten «Brauchtumsmorde» sowie Morde, die durch eine Blutfehde motiviert sind, als schwere Formen des Mordes und die vorgeschriebene Strafe ist eine verschärfte lebenslange Freiheitsstrafe.⁵⁵

Milde Strafe wegen «Provokation» bei Verbrechen im Namen der «Ehre» möglich. Die Reform von 2005 bietet keinen ausreichenden rechtlichen Schutz, da die Bestimmung die Anwendung von Artikel 29 nur bei Morden im Namen des «Brauchtums» («töre») ausdrücklich verbietet und daher nicht immer Morde im Namen der «Ehre» («namus») abdeckt.⁵⁶

Lücken der aktuellen Gesetzgebung bei Verschärfungen der Strafen. GREVIO weist auf Lücken der aktuellen Gesetzgebung hin. So führen beispielsweise verschiedene Straftatbestände nicht zu einer Verschärfung der Strafe, wenn die Tat durch frühere Ehegatten oder derzeitige und frühere Lebenspartner begangen wurden.⁵⁷

3.2 Schutz- und Unterstützungsleistungen

Gesetz Nr. 6284 sieht Schutz- und Unterstützungsleistungen vor. Die aktuelle Gesetzgebung verpflichtet Polizei und lokale Behörden, Überlebenden von Gewalt oder von Gewalt bedrohten Personen verschiedene Schutz- und Unterstützungsleistungen zu gewähren.⁵⁸ Gesetz Nr. 6284 sieht vor, dass «administrative chiefs» oder Familiengerichte Schutzanordnungen erlassen. Bei unmittelbarer Gefahr kann die Polizei einige der Massnahmen anordnen.

⁵¹ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; Penal Code of Turkey, 2004, including amendments up to 27 March 2015, English translation of the Council of Europe from 15 February 2016, Artikel 102: www.ecoi.net/en/file/local/1201150/1226_1480070563_turkey-cc-2004-am2016-en.pdf.

⁵² Penal Code of Turkey, 2004, including amendments up to 27 March 2015, Artikel 86 und 87.

⁵³ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 77.

⁵⁴ Penal Code of Turkey, 2004, including amendments up to 27 March 2015, Artikel 29.

⁵⁵ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 84.

⁵⁶ Ebenda, S. 85; UN Committee on the Elimination of Discrimination Against Women (CEDAW), Concluding observations on the seventh periodic report of Turkey, 25. Juli 2016, S. 10: www.ecoi.net/en/file/local/1193790/1930_1484750203_n1623344.pdf.

⁵⁷ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 88.

⁵⁸ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

Diese müssen innert 24 Stunden durch «administrative chiefs» oder Familiengerichte bestätigt werden. Mögliche Anordnungen für den Täter sind das Verbot von Beleidigungen und Drohungen gegen das Opfer, Rayonverbote («Emergency Barring Orders»), eine Reihe allgemeiner Unterlassungsverfügungen und Kontaktverbote sowie weitere Massnahmen⁵⁹. Die möglichen Anordnungen für das Opfer sind die Unterbringung in einem Frauenhaus, die Eintragung von Eigentum auf den Namen des Opfers, die Ermöglichung eines Arbeitsplatzwechsels und – unter der Bedingung der informierten Zustimmung des Opfers – ein Identitätswechsel in lebensbedrohlichen Situationen sowie die Gewährung von finanzieller Hilfe, psychologischer und rechtlicher Beratung und zeitweiligem Schutz im Falle von Lebensbedrohung. Ferner ist das Gericht befugt, Fragen der Vormundschaft, des Sorgerechts und des Unterhalts zu regeln.⁶⁰

4 Staatlicher Schutz: Umsetzung

Auswirkungen des Austritts aus der Istanbul-Konvention. Laut *Kontaktperson D*⁶¹ wurde die Konvention bereits bisher nicht richtig umgesetzt und schlechte Praktiken seien in der Türkei zur Norm geworden. Deshalb sei es noch zu früh, um Veränderungen nach dem Austritt aus der Konvention zu beobachten. Der Austritt sei ein vorläufiger Tiefpunkt des seit langem bestehenden Mangels an staatlichem Willen, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen.⁶² *Kontaktperson E*⁶³ gab der SFH an, dass ihre NGO beobachte, dass die Behörden seit dem Austritt zurückhaltender bei der Umsetzung von Schutzmassnahmen seien.⁶⁴

Versagen des staatlichen Systems beim Schutz der Opfer. Laut *Kontaktperson A*⁶⁵ sind die Gesetze und die geschaffenen Mechanismen zum Schutz der Frauen vor Gewalt in der Türkei in der Realität nicht wirksam.⁶⁶ GREVIO schliesst nicht aus, dass viele Fälle von Gewalt gegen Frauen in der Türkei auf ein Versagen des staatlichen Systems beim Schutz der Opfer zurückzuführen sind.⁶⁷

Entlassungen in Strafverfolgung und Justiz nach Putschversuch beeinträchtigen Reaktion der Türkei auf Gewalt gegen Frauen. Durch die Entlassung von Personal in Richterschaft, bei der Staatsanwaltschaft und bei Behörden nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 wurden die Institutionen geschwächt, die an der Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beteiligt sind. Dies beeinträchtigt die staatliche Reaktion auf Gewalt gegen Frauen in der Türkei stark.⁶⁸

⁵⁹ Die Abgabe aller legal registrierter Schusswaffen, das Verbot, Alkohol oder andere stimulierende Substanzen zu konsumieren, und/oder die Verpflichtung, sich im Falle einer Abhängigkeit einer Behandlung zu unterziehen, sowie Regelungen in Bezug auf den Kontakt mit Kindern. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 98.

⁶⁰ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 97-98.

⁶¹ Kontaktperson D ist in der Türkei bei der NGO Mor Çatı tätig, die ein Frauenhaus in Istanbul betreibt.

⁶² E-Mail-Auskunft von Kontaktperson D vom 31. Mai 2021.

⁶³ Kontaktperson E ist bei einer türkischen NGO tätig, die sich für die Verteidigung von weiblichen Opfern sexueller Gewalt einsetzt.

⁶⁴ E-Mail-Auskunft von Kontaktperson E vom 9. Mai 2021

⁶⁵ Kontaktperson A ist eine prominente türkische Anwältin und Frauenaktivistin. Als Anwältin vertritt sie zahlreiche von Gewalt betroffene Frauen vor Gericht.

⁶⁶ E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021.

⁶⁷ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 22.

⁶⁸ Ebenda, S. 91.

Schulungen der Fachkräfte mit begrenzter Wirksamkeit. Nach Angaben der türkischen Regierung wurden Schulungen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Bekämpfung von Gewalt für Polizeikräfte, Gesundheitspersonal, Richter- und Staatsanwaltschaft organisiert.⁶⁹ Die Wirksamkeit solcher Schulungen ist aber wegen Widerstand gegen Veränderung⁷⁰ sowie weiterer für die Situation in der Türkei relevante Faktoren⁷¹ begrenzt.⁷²

4.1 Gerichte

Gerichte verhängen milde Strafen bei Gewalt gegen Frauen. Fallstudien von NGOs, die die Aktivitäten der Gerichte beobachten, dokumentieren laut GREVIO unangemessene Reaktionen der Justiz auf Gewalt gegen Frauen.⁷³ Verschiedene Quellen berichten, dass Gerichte milde Strafen für Männer verhängen, die der Gewalt gegen Frauen für schuldig befunden werden, indem sie in weit verbreiteter Tendenz «gutes Verhalten»⁷⁴ während des Prozesses oder «Provokation» durch die Frauen als mildernden Umstand des Verbrechens anführen.⁷⁵ Die Häufigkeit dieser Ermessensmilderungen in Fällen von Gewalt gegen Frauen widerspiegelt laut GREVIO sexistische Vorurteile und opferverachtende Einstellungen der Gerichte.⁷⁶ Die von den Gerichten verhängten Sanktionen sind nicht immer der Schwere der Straftat angemessen und werden durch kombinierte Anwendung mildernder Umstände erheblich reduziert. Die Verhängung von gerichtlichen Geldstrafen führt zu einer häufigen Reviktimisierung (Tendenz, noch einmal Opfer zu werden) von Frauen. Täter bleiben oft straflos, da nur Bewährungsstrafen gegen sie verhängt werden, wenn die Strafe aus einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als zwei Jahren besteht.⁷⁷ Die Sanktionen bei einer Vielzahl von Delikten, die typischerweise begangen werden, um Frauen Gewalt zuzufügen, wie

⁶⁹ Government of Turkey, National report submitted in accordance with paragraph 5 of the annex to Human Rights Council resolution 16/21; Turkey, 14. November 2019, S. 15: www.ecoi.net/en/file/local/2021623/A_HRC_WG.6_35_TUR_1_E.pdf.

⁷⁰ Dieser resultiert auch aus der Wahrnehmung der institutionellen Rolle der Fachkräfte. So interpretieren Familiengerichte das Gesetz Nr. 6284 als ein Mittel zum Zusammenhalten von Familien und nicht als ein Instrument zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt. Weiter führt der Widerstand gegen Veränderungen dazu, dass die Schulungen an die lokalen Gegebenheiten und Kulturen «angepasst» werden, wodurch diese von grundlegenden Botschaften der Istanbul-Konvention abweichen. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 46.

⁷¹ Eine häufige Fluktuation des Personals, das Fehlen von Mechanismen, die die Kontinuität der Ausbildung garantieren, und das Fehlen von Monitoring-Verfahren zur Bewertung der Ergebnisse der Ausbildung. Ebenda, S. 47.

⁷² Ebenda, S. 45-47.

⁷³ Ebenda, S. 22.

⁷⁴ Artikel 62 des Strafgesetzes regelt die Gründe, aus denen Richter nach ihrem Ermessen Strafen mildern können. Dazu gehören der Hintergrund, die sozialen Beziehungen und das Verhalten des Täters nach der Begehung der Straftat und während der Probezeit sowie die möglichen Auswirkungen der Strafe auf die Zukunft des Täters. Nach den GREVIO vorliegenden Informationen reicht es für Täter von Gewalt gegen Frauen aus, vor Gericht eine würdevolle und respektvolle Haltung einzunehmen, um in den Genuss dieser Strafmilderung zu kommen. Ebenda, S.86.

⁷⁵ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; New York Times, Trial of Woman Who Killed Her Husband Highlights Domestic Abuse in Turkey, 16. März 2021; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 22; 43; 85-86.

⁷⁶ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 86.

⁷⁷ In solchen Fällen können die Gerichte gemäss Artikel 231 Absatz 5 der türkischen Strafprozessordnung das Urteil für fünf Jahre «aufschieben». Dies bedeutet, dass, wenn der Gewalttäter in diesem Zeitraum nicht erneut straffällig wird, alle Rechtsfolgen seiner Tat entfallen und er nicht verurteilt wird. Ebenda.

Drohungen, Beleidigungen und Akte körperlicher Gewalt, fallen in den Anwendungsbereich dieses rechtlichen Mechanismus.⁷⁸

Bei Verbrechen im Namen der «Ehre» und «Ehrenmorden» wird Haftstrafe oft reduziert. Teile der Richterschaft greifen bei Verbrechen im Namen der «Ehre» auf rechtliche Schlupflöcher zurück, um mildere Strafen zu verhängen, und vermitteln den Eindruck, dass Gewalt teilweise durch das Verhalten der Frau gerechtfertigt ist.⁷⁹ Bei «Ehrenmorden» reduzieren Gerichte die Strafe oft aufgrund mildernder Umstände.⁸⁰ Täter von Verbrechen im Namen der «Ehre» erhalten trotz der Gesetzesänderung von 2005 Strafmilderung nach Artikel 29 bei Morden aufgrund von Motiven, die der «Ehre» ähnlich sind.⁸¹ Zu solchen Situationen gehören beispielsweise eine Ehefrau, die eine Affäre mit einem anderen Mann hat, eine Ex-Frau, die wieder heiratet, ein weibliches Familienmitglied, das eine aussereheliche Beziehung führt oder ohne die Zustimmung der Familie heiratet.⁸² Zum Beispiel reduzierte das Kassationsgericht im Juli 2020 die Strafe für Lutfu Sefa Berberoglu, der wegen Mordes an seiner Frau im Jahr 2013 verurteilt wurde, nachdem er sie in einem Auto mit zwei Männern gesehen hatte, von lebenslanger Haft wegen Mordes auf 15 Jahre Haft. Das Gericht führte «ungerechtfertigte Provokation» und mangelnde eheliche Loyalität als Gründe für die Aufhebung an.⁸³

Praxis der Gerichte führt zu hoher Wiederholungs- und Eskalationsgefahr. Laut GREVIO verstosse die milde Gerichtspraxis gegen die Sorgfaltspflicht und führe zu einer hohen Wiederholungs- und Eskalationsgefahr von Gewalt gegen Frauen.⁸⁴

4.2 Polizei

Polizei reagiert häufig nicht adäquat, hält betroffene Frauen von Anzeigen ab und schickt sie zurück zu ihren Männern. Gewalt als «Privatangelegenheit». Verschiedene Quellen berichten, dass die Reaktion der Polizei in der Türkei gegenüber von Gewalt betroffenen Frauen ungenügend ist.⁸⁵ So zögern die Strafverfolgungsbehörden, in Fällen von Gewalt gegen Frauen Massnahmen zu ergreifen. Das Eingreifen werde verzögert und Anzeichen von Gewalt als auch die Schilderungen der Opfer über die Gewalt ignoriert.⁸⁶ GREVIO wurde auf zahlreiche Berichte aufmerksam gemacht, in denen staatliche Beamte ihren Pflichten nicht

⁷⁸ Rechtspraktiker_innen kritisieren die Auswirkungen dieses Mechanismus in Fällen von Wiederholungstaten: Wenn ein Rückfall nach Ablauf der Fünfjahresfrist erfolge, zählt die zur Bewährung ausgesetzten Strafe nicht mehr als frühere Verurteilung für die Zwecke der Strafverschärfung und ein Rückfall innerhalb der Fünfjahresfrist führt zu Verzögerungen bei der gerichtlichen Reaktion auf Gewalt. Ebenda, S. 86-87.

⁷⁹ Ebenda, S. 43.

⁸⁰ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

⁸¹ E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 84.

⁸² CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 84.

⁸³ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

⁸⁴ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 87.

⁸⁵ E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021; New York Times, Trial of Woman Who Killed Her Husband Highlights Domestic Abuse in Turkey, 16. März 2021; NZZ, Neuerlicher Frauenmord entfacht in der Türkei Debatte über Istanbul-Konvention, 23. Juli 2020: www.nzz.ch/international/morde-an-frauen-in-der-tuerkei-debatte-ueber-istanbul-konvention-id.1567754.

⁸⁶ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 92.

nachgekommen sind. Demnach ergreifen Beamte der Strafverfolgungsbehörden nicht rechtzeitig die notwendigen Massnahmen zum Schutz der Opfer und lassen diese stundenlang⁸⁷ auf einer Polizeistation warten.⁸⁸ Beamte halten die Opfer davon ab, Anzeige zu erstatten⁸⁹ oder Hilfe in Schutzeinrichtungen zu suchen,⁹⁰ indem sie erklären, dass häusliche Gewalt innerhalb der Familie gelöst werden sollte.⁹¹ Polizisten überreden misshandelte Frauen oft, zu ihren Männern zurückzukehren.⁹² Eine Studie aus dem Jahr 2015 zeigt, dass die Meldung der Gewalt bei der Polizei in fast einem Drittel der Fälle zu einer Versöhnung mit dem gewalttätigen Partner führte.⁹³ Dies zeigt laut GREVIO, dass Polizeikräfte denken, dass häusliche Gewalt eine «Privatangelegenheit» ist, die innerhalb des Paares zu regeln ist, selbst wenn dies bedeutet, dass die Opfer zu ihren misshandelnden Partnern zurückgeschickt werden.⁹⁴ GREVIO berichtet zudem von einem stigmatisierendes Verhalten der Polizeikräfte. Diese beschuldigten betroffene Frauen, «dem Ehemann nicht zu gehorchen» oder ihn «zu provozieren».⁹⁵

Auch in Fällen sexueller Gewalt stigmatisierendes und unangemessenes Verhalten der Polizei. Ähnliche «victim-blaming»-Haltungen der Polizeikräfte gibt es auch in Fällen sexueller Gewalt. Opfer leiden unter vorurteilsbehafteten Annahmen von Polizeikräften, wie zum Beispiel, dass sie in die sexuellen Handlungen eingewilligt hätten. Solche Einstellungen führen laut GREVIO zu Untätigkeit der Polizei, weil einzelne Beamte die Bedeutung der Gewalt herunterspielen und versuchen, sie zu rechtfertigen, indem sie sie auf das Verhalten des Opfers zurückführen. Dies führt dazu, dass die Polizei den Opfern nicht glaubt oder diese unter Druck gesetzt werden, die Gewalt zu akzeptieren, dass Beweise nicht gesammelt werden und dass keine Anklage erhoben wird. Und schliesslich führt dies laut GREVIO dazu, dass die Polizei den Betroffenen den Schutz verweigert.⁹⁶

Aufnahme der Aussagen oft ohne Privatsphäre. Die Kontaktpersonen B⁹⁷ und C⁹⁸ berichteten der SFH, dass die Aussagen der von Gewalt betroffenen Frauen in den Polizeistationen oft ohne Privatsphäre in Räumlichkeiten mit vielen anderen Personen aufgenommen würden.⁹⁹ Dies treffe insbesondere auf Opfer von sexueller Gewalt zu.¹⁰⁰

In 80 Prozent der Fälle wurde die Aussage der von Gewalt betroffenen Frau von der Polizei nicht aufgenommen. Die Ergebnisse der Studie aus dem Jahr 2015 zeigen, dass die Polizei in über 80 Prozent der Fälle die Aussage der Frau nicht aufgenommen hatte, wenn

⁸⁷ Kontaktperson C berichtete der SFH so beispielhaft von dem Fall einer Frau, die sexuelle Gewalt erlitten hatte und 13 Stunden in der Polizeistation warten musste. Interview vom 12. November 2019 mit Kontaktperson C.

⁸⁸ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 22.

⁸⁹ Ebenda; NPR, 'We Don't Want To Die', 15. September 2019.

⁹⁰ Interview vom 14. November 2019 mit Kontaktperson B; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 22.

⁹¹ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 22.

⁹² USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; New York Times, Trial of Woman Who Killed Her Husband Highlights Domestic Abuse in Turkey, 16. März 2021.

⁹³ HIPS; MFSP, Research on Domestic Violence against Women in Turkey, 2015, S. 171-172.

⁹⁴ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 43.

⁹⁵ Ebenda, S. 21-22.

⁹⁶ Ebenda, S. 92.

⁹⁷ Kontaktperson B ist in der Türkei bei der NGO Mor Çatı tätig, die ein Frauenhaus in Istanbul betreibt.

⁹⁸ Kontaktperson C ist in der Türkei bei einer NGO im Bereich Gewalt gegen Frauen tätig.

⁹⁹ Interview vom 14. und 12. November 2019 mit Kontaktperson B und C.

¹⁰⁰ Interview vom 14. November 2019 mit Kontaktperson B.

sich Frauen aufgrund von körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch ihre Ehemänner oder Intimpartner an die Strafverfolgungsbehörden wenden. In etwa 60 Prozent der Fälle leiteten die Strafverfolgungsbeamten die Opfer nicht an Unterstützungsdienste und den Fall nicht an die Staatsanwaltschaft und Gerichte weiter.¹⁰¹

Systematische Versäumnisse bei Risikoeinschätzung durch Polizei. Gewalt kommt auch dann noch vor, wenn Frauen sie den Strafverfolgungsbehörden melden.¹⁰² Diese unterschätzen die Risiken, dass die Betroffenen erneut zum Opfer von Gewalt werden könnten.¹⁰³ Bei der Durchführung der Risikoeinschätzungen kommt es systematisch zu Versäumnissen, so dass Frauen, die bereits in der Vergangenheit Gewalt erlitten und angezeigt haben, nicht ohne weiteres identifiziert werden können.¹⁰⁴ Die aktuelle Praxis der Risikobewertung in der Türkei führt zudem nicht immer zu einer behördenübergreifenden Reaktion, insbesondere in Fällen mit hohem Risiko.¹⁰⁵ Das Vorwissen der Behörden über die Gewalterfahrung einer Frau führt zudem nicht immer zu wirksamen Schutzmassnahmen, um zu verhindern, dass Frauen erneut zum Opfer oder sogar getötet werden.¹⁰⁶

Unzureichende Reaktion der Strafverfolgungsbehörden behindern Ermittlungen und beeinträchtigen Möglichkeiten, Rechtsmittel einzulegen. Durch die unzureichenden Reaktionen der Strafverfolgungsbehörden werden die Opfer laut GREVIO einer sekundären Viktimisierung ausgesetzt. Auch werden dadurch die Ermittlungen und die Rechte des Opfers beeinträchtigt, Rechtsmittel einzulegen, was zu Straflosigkeit der Täter in Gerichtsverfahren führt.¹⁰⁷

Hürden bei Beschwerdemöglichkeiten. Zwar gibt es Beschwerdemöglichkeiten gegen Fehlverhalten von Polizeikräften¹⁰⁸, jedoch gibt es laut GREVIO kaum Hinweise, dass sie in der Praxis zur Anwendung kommen.¹⁰⁹ Relevante Hürden verhindern nach Einschätzung von *Kontaktperson D*, dass Betroffene diese nutzen können.¹¹⁰

¹⁰¹ HIPS; MFSP, Research on Domestic Violence against Women in Turkey, 2015, S. 171-173.

¹⁰² CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 22.

¹⁰³ Ebenda, S. 92; E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021.

¹⁰⁴ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 95.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 96.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 22.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ «Fehlverhalten im Amt» nach Artikel 257 des Strafgesetzes. In Fällen, in denen die Fahrlässigkeit der Beamten zum Tod oder zur Verletzung des Opfers führt, gelten die Bestimmungen der Artikel 83 und 88 über «vorsätzliche Tötung durch Unterlassung» oder «vorsätzliche Verletzung durch Unterlassung». Darüber hinaus können sich Opfer an den Ombudsmann wenden, der Beschwerden im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen durch öffentliche Behörden prüft. Ebenda, S. 70.

¹⁰⁹ Ebenda, S.22, 70.

¹¹⁰ Einerseits sei die Priorität der Frauen, der Gewalt so schnell wie möglich zu entkommen, anstatt eine Beschwerde einzureichen. Ausserdem befürchten die Frauen negative Konsequenzen für sich selber bei einer Beschwerde gegen die Polizei. Die Betroffene müsse «ausserordentlich hartnäckig und/oder politisch motiviert» sein, um den Schritt zu wagen, gegen einen Staatsbeamten zu klagen. Schliesslich kann die Beschwerde nur durch die Betroffene selbst und zum Beispiel nicht durch eine Frauen-NGO eingereicht werden. Die Beschwerdemechanismen seien zudem nicht leicht zugänglich und verlangen juristische Kenntnisse. Auch der Zugang zu Prozesshilfekosten sei eine weitere Hürde. E-Mail-Auskunft vom 21. Juni 2021 von Kontaktperson D.

4.1 Telefon-Hotline, Web-Applikation KADES

Kritik an Qualität der landesweiten Hotline für häusliche Gewalt. Die türkischen Behörden betreiben eine landesweite Hotline für häusliche Gewalt und eine Web-Applikation namens «Women Emergency Assistance Notification System» (KADES). Laut NGOs ist die Qualität der Dienstleistungen bei der Hotline für Opfer häuslicher Gewalt unzureichend: Frauen werden so manchmal an Mediationszentren verwiesen oder aufgefordert, sich mit ihren Ehemännern zu versöhnen.¹¹¹

4.1 Şönims

Koordination und Überwachung von Schutzmassnahmen. Die Zentren für Gewaltprävention und -überwachung (Şönims) sind auf der Provinzebene tätige Behörden, die die gesetzliche Befugnis und Pflicht haben, die Umsetzung aller Schutzmassnahmen nach Gesetz Nr. 6284 zu koordinieren und zu überwachen. Şönims sind zudem dafür verantwortlich, Täter an Präventionsprogramme zu verweisen.¹¹²

Mangel an qualifiziertem Personal. Fokus auf Familientherapie und Konfliktlösung. Nicht alle Şönims verfügen über spezialisiertes, qualifiziertes und erfahrenes Personal, insbesondere in bestimmten ländlichen Regionen des Landes. Zum Beispiel scheinen einige Şönims als Familientherapiezentren zu arbeiten, die der Konfliktlösung Vorrang vor den Bedürfnissen und der Sicherheit des Opfers einräumen.¹¹³ Staatliche Berater (government counselors) ermutigen Frauen manchmal, auf eigenes Risiko in missbräuchlichen Ehen zu bleiben, anstatt die Familien zu trennen.¹¹⁴

4.2 Umsetzung der Schutzmassnahmen

Häufige Verhängung von «leichten» und nicht individualisierten Schutzmassnahmen. In sehr ernstesten Fällen mit hohem Risiko wird laut GREVIO oft ein Identitätswechsel angestrebt und erreicht. Bei anderen Risiken bezüglich körperlicher und psychischer Unversehrtheit gibt es eine Tendenz zur Minimierung der Gefahr und einen Mangel an individualisierter Anwendung von Schutzmassnahmen. Überwiegend wird der Täter verpflichtet, das Opfer nicht zu bedrohen, zu beleidigen oder zu demütigen. Diese «leichteste» unter allen Massnahmen nach dem Gesetz Nr. 6284 machte 2016 fast einen Drittel aller Massnahmen aus, die gegen Täter verhängt wurden. Laut GREVIO kann die Verhängung solcher «leichten» einstweiligen Verfügungen und/oder die Unterschätzung der Risikofaktoren durch die Behörden zu erneuter und zunehmender Gewalt und in bestimmten Fällen zum Tod führen.¹¹⁵ Die Behörden, die die Schutzanordnungen ausstellen, scheinen zudem oft die Prüfung des Einzelfalls zu vermeiden und erlassen für jeden Fall dieselbe Anordnung im «Copy-Paste»-Verfahren. So sei in einem

¹¹¹ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

¹¹² CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 53.

¹¹³ Ebenda, S. 55.

¹¹⁴ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

¹¹⁵ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 96.

dokumentierten Fall trotz Lebensgefahr die Vertraulichkeitsanordnung weggelassen worden.¹¹⁶

Täter lokalisiert Opfer trotz Vertraulichkeitsanordnung. Ein gravierendes Problem ist die Anfälligkeit von Vertraulichkeitsanordnungen¹¹⁷: Täter von häuslicher Gewalt oder Stalking haben so Opfer und ihre Kinder ausfindig gemacht, indem sie öffentliche Dienste nutzten, die auf dem E-Government-System basieren, wie zum Beispiel die «Termin-Hotline» für Arzttermine oder indem sie Informationen über die neue Schule ihrer Kinder erhielten.¹¹⁸ *Kontaktpersonen B und C* berichteten der SFH ebenfalls über verschiedene Fälle in welchen die Behörden den Aufenthaltsort trotz entsprechender Anordnung eines Gerichts nicht vertraulich behandelten und der Ehemann den Aufenthaltsort im E-Government-System «E-Devlet» einsehen konnte.¹¹⁹ Nach Angaben von *Kontaktperson B* geschehe dies sehr häufig.¹²⁰

4.2.1 Umsetzung der «Emergency barring orders» und «Protection orders»

Schutzmassnahme wird nur für kurze Zeit gewährt. Ein Hauptproblem bei der Umsetzung der Schutzanordnungen ist die kurze Zeitspanne, für die der Schutz gewährt wird. Massnahmen werden oft nicht länger als zwei – statt der gesetzlich erlaubten sechs Monate – gewährt. In der Praxis bedeutet dies, dass die Opfer gezwungen sind, eine erneute Verlängerung der ursprünglichen Massnahme zu beantragen.¹²¹

Zurückhaltung bei Verfügung oder Verlängerung der Schutzmassnahmen. Laut GREVIO besteht ein Unbehagen der Gerichte, Massnahmen – wie im Gesetz Nr. 6284 vorgesehen – ohne Notwendigkeit von Beweisen für die Gewalt zu verfügen. Richter gaben so GREVIO an, dass es ihnen widerstrebe, weibliche Opfer beim Wort zu nehmen, und dass sie befürchten, die Opfer könnten die Gewalt übertreiben oder erfinden und so das System für andere Zwecke als ihr Schutzbedürfnis missbrauchen. Deswegen ziehen es Gerichte vor, Schutzmassnahmen nur für kurze Zeiträume zu erlassen. Zudem verlangen bestimmte Richter, neue Beweise für Gewalt vorzulegen, um eine Verlängerung der ursprünglichen Massnahme zu bewilligen oder einen neuen Schutzantrag zu stellen, anstatt die ursprüngliche Massnahme zu verlängern.¹²² *Kontaktperson C* bestätigte, dass eine Tendenz bestehe, die Schutzmassnahmen nicht zu verlängern.¹²³

¹¹⁶ SFH, Türkei, Risiko der Offenlegung vertraulicher Informationen in Bezug auf den Schutz von Frauen, die von Verbrechen im Namen der «Ehre» bedroht sind, 11. Mai 2021, S. 5: www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Herkunftslanderberichte/Europa/Tuerkei/210511_TUR_divulgation_infos_protection_femmes_web_DE.pdf.

¹¹⁷ Vertraulichkeitsanordnungen sind eine Art von Präventivmassnahme gemäss Gesetz Nr. 6284, die vorsieht, dass die Adressen von gefährdeten Frauen im zentralisierten E-Government-System in der Türkei nicht veröffentlicht werden. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 96.

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ Interview vom 14. und vom 12. November 2019 mit Kontaktperson B und C.

¹²⁰ Interview vom 14. November 2019 mit Kontaktperson B.

¹²¹ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 98.

¹²² Ebenda, S. 98.

¹²³ Interview vom 12. November 2019 mit Kontaktperson C

Schutzverfügungen werden nicht effektiv durchgesetzt und auf Verstösse ungenügend reagiert. Die Polizei setzt Schutzverfügungen nur selten effektiv durch¹²⁴ und die zuständigen Behörden überwachen die Schutzanordnungen nicht angemessen.¹²⁵ Selbst auf wiederholte Meldungen von Opfern über Verstösse gegen die Schutzanordnungen folgen nicht immer entsprechende Massnahmen der Strafverfolgungsbehörden.¹²⁶ Verzögerungen bei den Gerichtsverfahren, die zur Ahndung des Verstosses eingeleitet werden, können die Durchsetzung von Anordnungen laut GREVIO weiter verzögern: Schliesslich scheinen auch fehlende Ressourcen die ordnungsgemässe Umsetzung von Schutzmassnahmen zu behindern.¹²⁷

Verstösse gegen Schutzanordnungen werden «extrem» selten bestraft. GREVIO stellt fest, dass Sicherheitsverwahrungen¹²⁸ bei Verstössen gegen Schutzanordnungen nur «extrem» selten durch Gerichte angeordnet werden.¹²⁹

Beispiele aus dem Jahr 2020: Morde an Frauen trotz Schutzmassnahmen. Laut *We will End Femicide Platform* hatten mindestens 23 der im Jahr 2020 Getöteten einen «Restraining Order» oder einen «Protection Order» erwirkt.¹³⁰ Zum Beispiel wurde Sevtap Sahin im Juni 2020 in Ankara von ihrem Ehemann getötet. Nach Angaben ihrer Familie hatte Sahin vor ihrer Ermordung 60 Anzeigen wegen häuslicher Gewalt und Verstössen gegen den «Restraining Order» bei der Polizei eingereicht. Im Oktober 2020 wurde die in Istanbul lebende Gul Gulum von ihrem Ehemann getötet, gegen den sie einen «Restraining Order» erwirkt hatte. In beiden Fällen verhaftete die Polizei die Ehemänner nach den Morden.¹³¹ Die 25-jährige Selvan Aca, wurde im Dezember 2020 in Muğla von ihrem Ehemann ermordet. Aca hatte wegen Gewalt einige Zeit zuvor Anzeige erstattet und der Täter stand unter einem «Restraining Order», der ihn aus dem Haus hätte fernhalten sollen.¹³²

4.3 Frauenhäuser

Schutz in Frauenhäusern. Verlängerung des Aufenthalts selten. Nach Angaben der *Kontaktpersonen B und C* sind die Frauenhäuser in der Regel fähig, die betroffenen Frauen während des Aufenthalts zu schützen.¹³³ Laut *Kontaktperson C* können Frauen in der Regel rund

¹²⁴ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; New York Times, Trial of Woman Who Killed Her Husband Highlights Domestic Abuse in Turkey, 16. März 2021; Interview vom 14. und 12. November 2019 mit Kontaktperson B und C.

¹²⁵ E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021; Interview vom 14. und 12. November 2019 mit Kontaktperson B und C.

¹²⁶ E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 100.

¹²⁷ Wie zum Beispiel das Fehlen von Fahrzeugen, um Opfer und ihre Kinder in einer lebensbedrohlichen Situation zu einem Schutzraum zu transportieren, oder unzureichende Mittel, um die Kosten für die Polizeikräfte zu decken, die als persönliche Leibwache des Opfers bestimmt wurde. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 100.

¹²⁸ Diese ist eine Freiheitsstrafe von drei bis zehn Tagen. Bei fortgesetzter Verletzung wird eine Freiheitsstrafe von 15 bis 30 Tagen verhängt, wobei die Gesamtdauer der Freiheitsstrafe sechs Monate nicht überschreiten darf. Eine Entlassung auf Bewährung kann in Fällen der Sicherheitsverwahrung von Tätern häuslicher Gewalt nicht angeordnet werden. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 99-100.

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ WVEFP, 2020 Report, 8. Januar 2021.

¹³¹ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

¹³² WVEFP, 2020 Report, 8. Januar 2021.

¹³³ Interview vom 14. und 12. November 2019 mit Kontaktperson B und C.

sechs Monate in einem Frauenhaus Schutz finden. Es sei möglich, dass der Aufenthalt verlängert werden könne, jedoch sei dies eher selten.¹³⁴

Anzahl und Kapazität der Frauenhäuser kann Bedarf nicht decken. Nach aktuellen Angaben der türkischen Behörden gibt es 145 Frauenhäuser mit einer Kapazität für 3508 Personen, darunter nur ein Frauenhaus, das durch eine NGO betrieben wird.¹³⁵ Die Zahl der Frauenhäuser und die verfügbare Kapazität reichen aber nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf der von Gewalt betroffenen Frauen zu decken.¹³⁶ Während des Ausnahmezustands 2016 bis 2018 wurden in mehreren südöstlichen Provinzen Unterkünfte geschlossen. Die von der Regierung in Gemeinden eingesetzte Verwaltungen¹³⁷ kürzten die Finanzierung von Frauenhäusern und beendeten Partnerschaften mit lokalen NGOs.¹³⁸ Auch während der COVID-19-Pandemie wurden Frauenhäuser geschlossen.¹³⁹

Kaum eine Gemeinde kommt der gesetzlichen Verpflichtung nach, Schutzbedürftigen ein Frauenhaus zu bieten. Nur 32 der 201 Gemeinden mit mehr als 100'000 Einwohner_innen sind der gesetzlichen Verpflichtung¹⁴⁰ nachgekommen, ein Frauenhaus einzurichten.¹⁴¹ Gemeinden betrachten Frauenhäuser als kostspielige und unpopuläre Massnahme.¹⁴²

Keine angemessene Betreuung und Versorgung in Frauenhäusern. Versuche, Opfer mit Tätern zu versöhnen. Laut der NGO *Mor Çati* konzentrieren sich einige staatlich betriebene Frauenhäuser darauf, die Familien wieder zusammenzuführen, statt die Frauen zu unterstützen. Diese Versuche einer Versöhnung mit den Tätern könne den Frauen das Leben kosten.¹⁴³ USDOS berichtet mit Bezug auf Anwält_innen für Frauenrechte, dass das Personal in den Unterkünften keine angemessene Betreuung und Versorgung bietet. Dies sei insbesondere

¹³⁴ Interview vom 12. November 2019 mit Kontaktperson C.

¹³⁵ Dieses hat eine limitierte Kapazität für maximal 18 Personen. Government of the Republic of Turkey, 13th National Report on the implementation of the European Social Charter (Revised) submitted by The Government of the Republic of Turkey, 29. April 2021, S. 220, 225; Interview vom 14. November 2019 mit Kontaktperson B.

¹³⁶ Laut *Women Against Violence Europe* (WAVE) gibt es nur deutlich weniger als der Hälfte der benötigten Plätze. USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021; WAVE, Country Report 2019, 30. Dezember 2019, S. 138: www.wave-network.org/wp-content/uploads/WAVE_CR_200123_web.pdf; NPR, 'We Don't Want To Die', 15. September 2019.

¹³⁷ Im Rahmen von «Anti-Terror-Massnahmen» wurden demokratisch gewählten Bürgermeister_innen durch von den Zentralbehörden ernannte Verwalter_innen im Südosten des Landes ersetzt. USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; SFH, Türkei, Aktuelle Situation, 19. Mai 2017, S. 3: www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Herkunftslanderberichte/Europa/Tuerkei/170519-tur-update-de.pdf.

¹³⁸ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 62.

¹³⁹ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021; E-Mail-Auskunft von Kontaktperson A vom 22. März 2021.

¹⁴⁰ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 61.

¹⁴¹ Ebenda; Government of the Republic of Turkey, 13th National Report on the implementation of the European Social Charter (Revised) submitted by The Government of the Republic of Turkey, 29. April 2021, S. 225.

¹⁴² CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 62.

¹⁴³ Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Türkei Bulletin 12-2020, August 2020, S. 5: <http://shop.freiheit.org/download/P2@915/293533/T%C3%BCrkei-Buletin%2012-2020.pdf>.

im Südosten des Landes der Fall.¹⁴⁴ Der Mangel an NGO-Frauenhäusern führt zudem zu einem Fehlen von massgeschneiderter Unterstützung für Schutzsuchende vor sexuellem Missbrauch, Zwangsheirat und Verbrechen im Namen der «Ehre».¹⁴⁵

Einschränkungen beim Zugang zu Frauenhäusern. Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Vorschriften betreffend Mütter von Jungen über 12 Jahre und Opfer mit behinderten Kindern¹⁴⁶ führen dazu, dass Mütter von ihren Kindern getrennt werden oder den Schutz von Frauenhäusern ablehnen, um eine solche Trennung zu vermeiden und darum keine angemessene Unterstützung erhalten. Frauen über 60 Jahre und Frauen mit geistigen Behinderungen sind vom Zugang zu Unterkünften ausgeschlossen. Sie werden an Seniorenzentren oder andere soziale Dienste verwiesen, die jedoch nicht dieselben Sicherheitsvorkehrungen wie die Frauenhäuser einhalten können und nicht in der Lage sind, auf ihre Bedürfnisse als Opfer einzugehen.¹⁴⁷ Nach Angaben von USDOS ist der Mangel an Dienstleistungen für ältere Frauen und LGBTI-Frauen sowie für Frauen mit älteren Kindern besonders akut.¹⁴⁸

Kinder, die Zeugen der Gewalt gegen die Mutter sind, werden oft nicht mit ihr im Frauenhaus untergebracht. GREVIO sieht Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Grundsatzes des Kindeswohls durch die gesetzlichen Behörden, wenn das Kind Zeuge von Gewalt durch seinen Vater geworden ist. Viele Kinder von Opfern erreichen die staatlichen Unterstützungsdienste nicht und/oder werden von diesen nicht angesprochen. Kinder, die Zeugen der Gewalt gegen ihre Mütter sind, werden zudem oft bei Familienmitgliedern untergebracht, anstatt mit ihren Müttern in Schutzunterkünften.¹⁴⁹

Risiko der Offenlegung des Aufenthaltsorts einer Frau in einem Frauenhaus. Wie die SFH in einem Bericht vom 11. Mai 2021 beschrieb, besteht ein ernsthaftes Risiko der Aufdeckung des Aufenthaltsorts einer Frau und ihrer Kinder sogar in einem Frauenhaus.¹⁵⁰ Auch GREVIO berichtet in diesem Zusammenhang von Sicherheitsverletzungen wie der Weitergabe vertraulicher Informationen über den Aufenthaltsort des Opfers und seiner Kinder. Dies könne aufgrund schlechter Koordination zwischen den betroffenen Institutionen wie zum Beispiel Strafverfolgungsbehörden und Schulen geschehen.¹⁵¹ Frauenhäuser können gemäss *Kontaktperson C* von einem gewalttätigen Ehemann identifiziert werden, da sie bewacht werden und viele Leute dort arbeiten. Die meisten Frauenhäuser sind keine geheimen Orte und die Nachbarschaft hat Kenntnis davon. Im Südosten sei es laut *Kontaktperson C* sogar möglich, ein Taxi nach dem Frauenhaus zu fragen und sich dorthin fahren zu lassen.¹⁵²

¹⁴⁴ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

¹⁴⁵ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 62.

¹⁴⁶ Mütter von Jungen über 12 Jahre sollten zusammen mit ihrem Kind auf Kosten des Frauenhauses in einer gemieteten Wohnung untergebracht werden, wo sie Anspruch auf die gesamte Palette der in einem Frauenhaus angebotenen Dienstleistungen haben sollten. Die gleiche Regel gilt für Opfer, die Kinder mit Behinderungen haben. CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 63.

¹⁴⁷ Ebenda.

¹⁴⁸ USDOS, 2020 Country Report on Human Rights Practices, Turkey, 30. März 2021.

¹⁴⁹ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 67.

¹⁵⁰ SFH, Türkei, Risiko der Offenlegung vertraulicher Informationen in Bezug auf den Schutz von Frauen, die von Verbrechen im Namen der «Ehre» bedroht sind, 11. Mai 2021, S. 4-6.

¹⁵¹ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 64.

¹⁵² Interview vom 12. November 2019 mit Kontaktperson C.

4.1 Präventionsprogramme für Täter

Ungenügende und bisher begrenzte Präventionsprogramme. Präventionsprogramme für Täter häuslicher Gewalt existieren bisher nur in sehr begrenztem Umfang.¹⁵³ Die Programme fokussieren hauptsächlich auf Wutmanagement, Selbstkontrolle und das Wohlbefinden der Täter. Die Massnahmen werden mit medizinischen Behandlungen von psychischen Störungen oder Suchtproblemen gleichgesetzt. Die Mehrheit der gewalttätigen Männer sind aber keine psychiatrischen Fälle. Die Fachkräfte des Gesundheitswesens, die die Massnahmen umsetzen, sind laut GREVIO nicht die richtigen Fachleute für solche Programme.¹⁵⁴

Nur ein Bruchteil der Straftäter in von Gericht verordneter Behandlung. Verstösse werden kaum geahndet. Offizielle Zahlen zeigen, dass nur ein kleiner Teil der Täter häuslicher Gewalt von Gerichten in Behandlungsprogramme eingewiesen wird. Dazu kommt, dass mehr als 85 Prozent der Täter die Teilnahme an diesen gerichtlich angeordneten Programmen verweigern oder anderweitig versäumen. Offizielle Zahlen zeigen zudem, dass die Nichtteilnahme nicht systematisch sanktioniert wird, obwohl dies im Gesetz vorgesehen ist.¹⁵⁵

Ungenügende obligatorische Behandlungsprogramme für Verurteilte. Obligatorische Behandlungsprogramme für Verurteilte¹⁵⁶ sind nicht speziell auf die Bedürfnisse von Tätern von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen zugeschnitten. Zudem konzentrieren sich diese Programme überwiegend auf die Kontrolle von Aggressionen und die Behandlung von Abhängigkeiten.¹⁵⁷

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH setzt sich dafür ein, dass die Schweiz das in der Genfer Flüchtlingskonvention festgehaltene Recht auf Schutz vor Verfolgung einhält. Die SFH ist der parteipolitisch und konfessionell unabhängige nationale Dachverband der Flüchtlingshilfe-Organisationen. Ihre Arbeit finanziert sie durch Mandate des Bundes sowie über freiwillige Unterstützungen durch Privatpersonen, Stiftungen, Kantone und Gemeinden.

SFH-Publikationen zur Türkei und anderen Herkunftsländern von Asylsuchenden finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte.

Der SFH-Newsletter informiert Sie über aktuelle Publikationen. Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter-abonnieren.

¹⁵³ So gab es bis 2018 nur ein einziges Pilotprojekt in Ankara.

¹⁵⁴ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 48.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 49.

¹⁵⁶ Die eine Haftstrafe verbüssen oder auf Bewährung sind.

¹⁵⁷ CoE GREVIO, Baseline Evaluation Report Turkey, 15. Oktober 2018, S. 49.